

In dieser Ausgabe:

NSU in Brandenburg
Endlich Untersuchungsausschuss

Seite 2

Wie weiter mit der LINKEN?
Bleibt alles anders?
Mitglieder beraten

Seite 3

An Schulsozialarbeit
nicht sparen
Kreismusikschule erhalten

Seite 4

Aus für Busverkehrsgesellschaft
Eklatante Fehler der BMO

Seite 4

Vor 75 Jahren begann Mord an 27 Millionen Sowjetbürgern

„Frieden mit Russland - Verständigung in Europa – Nein zu Faschismus und Krieg“ – Dieser Antrag wurde auf dem Parteitag der LINKEN Ende Mai verabschiedet. Um ihn hat sich besonders der Bundestagsabgeordnete Wolfgang Gehrcke verdient gemacht.

(aus dem Antrag)

Vor 75 Jahren, am 22. Juni 1941, überfiel das faschistische Deutschland die Sowjetunion. 3 Millionen Soldaten fielen über das Land her. Hinzu kamen Soldaten der mit Hitler-Deutschland verbundenen Staaten Rumänien, Ungarn, Finnland, Slowakei und Italien. Knapp vier Jahre kämpfte die Rote Armee gemeinsam mit den anderen Alliierten und dem antifaschistischen Widerstand in ganz Europa gegen diese Barbarei. Die Sowjetunion trug die Hauptlast bei der Zerschlagung des Faschismus. 27 Millionen Sowjetbürger wurden Opfer des Vernichtungskrieges. 14 Millionen Zivilisten, darunter 2 Millionen sowjetische Juden, überlebten die faschistische Barbarei ebenso wenig, wie 2 Millionen sowjetische Kriegsgefangene. In Belousland wurden 628 Dörfer dem Erdboden gleichgemacht und die Einwohner bestialisch ermordet. Die Wehrmacht hinterließ 2 Millionen Quadratkilometer verbrannte Erde. So monströs diese Zahlen sind, bleiben sie

doch fast hilflos gegenüber dem unfassbaren Leid, das der rassistische Vernichtungskrieg verursacht hat. Unterstützt und mit geplant war er von den Größen der deutschen Industrie und der Banken, die die Machtübernahme der Faschisten gefördert und von ihr profitiert haben. Sie haben Hitler finanziert und seine Propaganda verbreitet, die Kriegsgefangenen haben sie als Sklaven gehalten und ausgebeutet, sie haben die Waffen an die Ostfront geliefert und die Särge gleich mit.

Aus dieser finstersten Zeit deutscher Verbrechen in Europa gibt es nur eine Lehre: Nie wieder Faschismus – Nie wieder Krieg.

Die Beziehungen zu Russland müssen dringend wieder verbessert werden.

Über geschichtliche Verantwortung und die Notwendigkeit, die deutsch-russischen Beziehungen zu verbessern, muss heute geredet und nachgedacht werden. Schon allein der Respekt vor den Opfern erfordert gerade von Deutschland eine Politik der zivilen Kooperation mit Russland. Gute Beziehungen zu Russ-



land sind im Interesse aller europäischen Staaten. Kollektive Sicherheit in ganz Europa kann auch dazu beitragen, den Konflikt um die Ukraine zu entspannen.

Stattdessen hat das Verhältnis zwischen Deutschland und Russland einen Tiefpunkt erreicht. Ein Cordon-Sanitaire seitens der NATO um Russland liegt auch nicht im deutschen Interesse. Die Ausweitung der NATO durch weitere Mitgliedsländer auf dem Balkan und im Osten Europas kann vorhandene Konflikte weiter anheizen. Die Stationierung von Bundeswehr-Verbänden an der Westgrenze Russlands, ob zeitweilig oder dauerhaft, vertieft den Graben zwischen Russland und Deutschland. Der feindselige Ton in Medien und in der Politik muss einer Wiederannäherung, einer Entspannung der Beziehungen weichen.

Sechs Vorschläge für eine zivile europäische Entspannungspolitik:

Erstens: Der Versuch, Russland zu isolieren, muss zugunsten eines Systems der europäischen Sicherheit aufgegeben werden. Als erster Schritt zur Schaffung eines europäischen Sicherheitssystems unter Einbeziehung Russlands muss die weitere Ausdehnung der NATO und die Stationierung von NATO-Einheiten an der russischen Westgrenze beendet werden. Die Erhöhung des Rüstungsetats der NATO-Staaten – gefordert werden 2 % des Bruttoinlandsproduktes – muss gestoppt werden. Gerade jetzt, da die Kriegsgefahr durch das Agieren des westlichen Militärbündnisses gestiegen ist, muss Deutschland aus den →



Bettina wieder im Landtag

Bettina Fortunato, Kreisvorsitzende der LINKEN in Märkisch-Oderland ist seit dem 6. Juni wieder Mitglied des Brandenburger Landtages und wird sich in der Linksfraktion insbesondere für Sozial-, Gesundheits-, Pflege- und Seniorenpolitik engagieren. Sie rückt für den neuen Justizminister, Stefan Ludwig, nach. „Als

Linke will ich mich weiter für gleichwertige Lebensbedingungen in Brandenburg einsetzen – unabhängig vom Wohnort, finanziellen Möglichkeiten oder Herkunft der Menschen. Dazu gehören für mich eine bessere Kooperation zwischen Ärzten, Krankenhäusern und allen gesundheitlichen Leistungserbringern sowie die Förderung von

Gesundheitszentren und bessere Arbeitsbedingungen für das medizinische und pflegerische Personal. Außerdem stehe ich für eine Arbeitsmarktpolitik, die ein Leben ohne Armut ermöglicht, aber auch eine auskömmliche Rente sichert. Der Kampf gegen Kinderarmut muss sich in unseren täglichen Entscheidungen genauso widerspiegeln wie die Sorge um die ältere Generation“, sagte sie.

(Fortsetzung Friedensantrag von Seite 1)

militärischen Strukturen der NATO austreten und die Bundeswehr dem Oberkommando der NATO entzogen werden.

Zweitens: Dem Sicherheitsbedürfnis aller europäischen Staaten einschließlich Russlands ist zivil Rechnung zu tragen. Dafür bieten die Schlussakte von Helsinki 1975 und die OSZE-Charta von Paris für ein neues Europa 1990 wichtige Ausgangspunkte. In diesem Sinne soll Deutschland zur Stärkung der OSZE, deren Vorsitz die Bundesrepublik 2016 übernommen hat, beitragen. Militärische Konfrontation ist auch ein Nährboden für Nationalismus und Rassismus, in Ost und West, in Russland wie in Frankreich und auch in Deutschland. Militärische Konfrontationen liefern die Begründung für Aufrüstung und Demokratieabbau, für die Schaffung staatlicher und nichtstaatlicher Feindbilder.

Drittens: Das Völkerrecht ist neu zu beleben. Gerade sein Bruch bei der Abspaltung des Ko-

sovo von Serbien und die Sezession der Krim mahnen nachdrücklich dazu. Für alle Staaten in Europa muss gelten: Verzicht auf Gewalt und die Androhung von Gewalt, unbedingter Respekt der politischen und territorialen Integrität der Staaten in Europa. Alle politischen und wirtschaftlichen Sanktionen gegen Russland sind aufzuheben. Dafür sollte Deutschland in der EU die Initiative ergreifen.

Viertens: Schritte zur europäischen Entspannung sollten die Autorität der Vereinten Nationen, globale Abrüstung und Gerechtigkeit wiederbeleben. Dies kann nur gelingen, wenn ein neues Vertrauensverhältnis zu Russland aufgebaut wird. Das ist auch von grundlegender Bedeutung, um die Beendigung der Gewalt im Nahen und Mittleren Osten und ein tatsächliches Ende des Krieges in Afghanistan zu erreichen.

Fünftens: Die Ukraine braucht Frieden, Demokratie und eine Entmachtung der Oligarchen. Eine militärische Lösung der schweren

Krise in der Ukraine darf es nicht geben. Das Abkommen Minsk II muss eingehalten werden. Die Ukraine soll weder der Europäischen Union noch der NATO beitreten bzw. in diese Organisationen aufgenommen werden.

Sechstens: Die sinnvolle europäische Alternative ist ein grundlegender Kurswechsel in Richtung sozialer Gerechtigkeit, Entspannung und Frieden, von Ausbau und Vertiefung der Demokratie, Frieden mit Russland und einer nicht gewaltsamen Lösung der Ukraine-Krise. Sonst besteht die Gefahr eines großen Krieges in Europa, einer militärischen Konfrontation NATO/USA gegen Russland. Eine neue Konferenz für Sicherheit und Entspannung – „Helsinki plus 40“ – muss in Angriff genommen werden. Diese Staatenkonferenz soll durch zivilgesellschaftliche Akteure, Friedensbewegungen, antifaschistische Organisationen und ökologische und soziale Initiativen begleitet und vorangetrieben werden. Dies zu befördern ist Aufgabe einer neuen deutschen und europäischen Ostpolitik.

NSU in Brandenburg



Foto: Renate Adolph

v.l.n.r. im Podium: Volker Schöneburg, Marco Büchel, Anna Spangenberg

In Brandenburg haben Mundlos, Böhnhardt und Zschäpe – nach gegenwärtigen Erkenntnissen – weder gemordet noch andere Straftaten begangen. So lautete die gängige Begründung für die bisherige Ablehnung eines NSU-Ausschusses. Ende April beschloss dennoch der Landtag Brandenburg die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses zu „organisierter rechtsextremer Gewalt und Behördenhandeln, vor allem zum Komplex Nationalsozialistischer Untergrund (NSU)“. Die Situation hatte sich geändert, als in der Beweisaufnahme im Münchener NSU-Prozess vor wenigen Wochen der Vorwurf erhoben wurde, der Brandenburger Verfassungsschutz hätte die Mordserie verhindern kön-

nen. Bereits 1998 erfuhren die Verfassungsschützer von ihrem V-Mann „Piatto“, einem wegen versuchten Mordes verurteilten Skin, dass drei von der Polizei (eine Frau und zwei Männer) gesuchte sächsische Skinheads Waffen bräuchten und Banküberfälle planten, um sich mit dem erbeuteten Geld nach Südafrika abzusetzen. Der Brandenburger Verfassungsschutz informierte zwar die Verfassungsschützer Thüringens, Sachsens und des Bundes, gab aber nicht die Identität seiner „Quelle“ für strafprozessuale Ermittlungen preis. Hätten sie dies getan, so die Kritiker, wäre das Trio möglicherweise bereits vor dem ersten Mord durch die Polizei dingfest gemacht worden. Die CDU und die Grünen in Brandenburg for-

derten nun in einer emotionsgeladenen Debatte einen Untersuchungsausschuss. Die Linksfraktion hatte sich umgehend in die inhaltliche Vorbereitung eingebracht. Als erste Fraktion legten wir ein Strategiepapier vor. Unsere zehn Schwerpunkte finden sich alle im Einsetzungsbeschluss des Landtages wieder, darunter:

1. Der Ausschuss muss aufklären, ob Brandenburger Sicherheits- und Justizbehörden die Bildung der NSU-Terrorgruppe und deren Taten begünstigt oder die Verfolgung der von ihr begangenen Straftaten erschwert haben.
2. Der Ausschuss muss explizit klären, ob brandenburgische Behörden an der Gründung, dem Aufbau sowie der Unterstützung rechtsradikaler Organisationen oder Bewegungen durch den Einsatz von V-Leuten oder verdeckten Ermittlern beteiligt waren und diese aktiv oder durch Unterlassen von Gegenmaßnahmen förderten. Dabei ist zu untersuchen, inwieweit V-Leute und verdeckte Ermittler an der Durchführung oder Vorbereitung von Straftaten und Aktivitäten gegen das Grundgesetz beteiligt waren. Der Ausschuss soll vorurteilsfrei aufklären. Wenn strukturelle Defizite im Umgang der Behörden mit dem Rechtsradikalismus festgestellt werden sollten, muss dies zu strukturellen Veränderungen in der Sicherheitsarchitektur führen.

Dr. Volkmar Schöneburg,
Obmann der Fraktion DIE LINKE
im NSU-Untersuchungsausschuss
des Landtages Brandenburg

Wie weiter mit der LINKEN?

Für DIE LINKE in Brandenburg ca. 17 Prozent, für die AfD 20 Prozent – gerade ist die neueste Wählerumfrage veröffentlicht, als sich DIE LINKE aus Märkisch-Oderland und Barnim Ende Mai zu ihrer nun schon traditionellen Regionalkonferenz in Strausberg trifft. Rund 150 Teilnehmer: Minister, Bundestags-, Landtags-, Kreistagsabgeordnete, zahlreiche Mitglieder und Sympathisanten der Partei sowie Gäste aus verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen zeigen sich angesichts des Höhenflugs der AfD-Rechtspopulisten schockiert. 2 Prozent weniger für die Linkspartei, 7 Prozent mehr für die äußerste Rechte seit November 2015 verlangen Antworten und bestimmten die lebhafte Diskussion.

Christian Görke, Landesvorsitzender der LINKEN und Finanzminister in Brandenburg, ruft zur Auseinandersetzung mit der Programmatik der AfD auf. „Wir müssen den Menschen

klarmachen, welche Folgen für das Gemeinwesen zum Beispiel die von der AfD anvisierte Abschaffung von Kommunal-, Gewerbe-, Vermögens- und Erbschaftssteuer hätten. Im Grunde richten sich diese Ziele gerade gegen die Bürgerinnen und Bürger in sozial prekären Verhältnissen, die die AfD zu einem großen Teil wählen. Wir sind die Partei der sozialen Gerechtigkeit. Wir müssen uns vor Ort die Probleme der Menschen anhören und sie lösen helfen“, sagte er.

Für die Menschen da sein

Genau deshalb besuchen linke Minister vor den Konferenzen in bewährter Weise Einrichtungen und Institutionen und berichten anschließend über ihre Erfahrungen. Sozialministerin, Diana Golze, hat am Vormittag der Albert-Schweitzer-Tafel in Spremberg einen Kühlwagen übergeben. Sie sei froh, dass viele Vereine und Ehrenamtliche den Menschen helfen, die mehr schlecht als recht von Hartz IV, niedrigen Löhnen und Renten leben müssten. Es sei allerdings traurig, dass die reiche Bundesrepublik die politischen Weichen vorwiegend zugunsten der Wohlhabenden stelle. Genau hier müsse DIE LINKE gegensteuern.

Das gemeinsame Lernen, Sporttreiben, Kochen, Essen, Zeitbringen von Schülern der Oberbarnimschule und Asylbewerbern habe

sie bei ihrem anschließenden Besuch im Haus der Toleranz in Eberswalde sehr beeindruckt. Hier werde aktiv dazu beigetragen, dass sich Flüchtlinge an das kulturelle, soziale und rechtsstaatliche System, die Lebensgewohnheiten und die Lebensbedingungen in Deutschland im Miteinander eingewöhnen können.

Der neue Justizminister, Stefan Ludwig, berichtet von seinen beeindruckenden Begegnungen in einem deutsch-polnischen Jugendprojekt zur Resozialisierung straffällig gewordener Jugendlicher in Liepe. Es sei wichtig, allen jungen Menschen eine Chance für ein künftiges erfülltes Leben zu geben. Europa müsse auf kommunaler Ebene zusammenrücken, appellierte er.

Fragen an die Minister

In drei Arbeitsgruppen diskutierten die Teilnehmer lebhaft vor allem über die geplante kommunale Strukturreform, über ausreichend Wohnungen für alle einheimischen und geflüchteten Bürger sowie über Gesundheitskarte, Deutsch-Kurse, Schule, Ausbildung und Arbeit für Asylbewerber sowie über die Gewinnung junger Leute für die Partei.

Kreisvorsitzende, Bettina Fortunato, rückte zum Abschluss das Thema Bildung in den Fokus. Sie erinnerte an den Slogan der Partei „Kurze Wege für kurze Beine“ und schilderte das enge soziale Miteinander von Kita, Schule und Senioreneinrichtung in Letschin.

Renate Adolph

Netzwerk militanter Neonazis

Brandanschläge, Morde und Überfälle – rechte Gewalttäter verbreiteten schon in den 1990er Jahren Angst und Schrecken in Brandenburg. Dabei nahmen sie sich offensichtlich die sächsische Stadt Hoyerswerda zum Vorbild. Dort waren 1991 nach schweren rassistischen Krawallen alle Flüchtlinge evakuiert worden. Das jetzt erschienene Buch „Generation Hoyerswerda – das Netzwerk militanter Neonazis in Brandenburg“ zeichnet nach, wie sie sich radikalisierten, Untergrundzellen aufbauten und Anschläge begingen. Die AutorInnen verdeutlichen, wie Neonazis dieser Generation heute die Proteste gegen Flüchtlingsheime anfachen. Mitte Mai diskutierten in der Kreisgeschäftsstelle der LINKEN in Strausberg die Ko-Autorin Anna Spangenberg und der Landtagsabgeordnete Volkmar Schöneburg, moderiert vom Landtagsabgeordneten Marco Büchel, über das Buch: Lehren und Versäumnisse der letzten zweieinhalb Jahrzehnte, die Rolle des Verfassungsschutzes und Verbindungen in das Netzwerk der berüchtigten Terrorgruppe NSU sowie darüber, was ein Untersuchungsausschuss bewirken kann.

alternativen denken e. V.



Delegierte auf dem Parteitag in Magdeburg.

Foto: Dietmar Barkusky

Parteitag – Bleibt alles anders

Vom Magdeburger Parteitag der LINKEN solle „ein starkes Signal“ ausgehen, so zumindest wünschte es sich Vorsitzender Bernd Riexinger in seiner Eröffnungsrede vor den mehr als 500 Delegierten aus der ganzen Bundesrepublik. Den Torkenwurf auf die Fraktionsvorsitzende im Bundestag, Sahra Wagenknecht, „der wenig später folgte, meinte er damit wohl kaum. Sowohl Co-Vorsitzende, Katja Kipping, als auch Wagenknechts Co-Vorsitzender, Dietmar Bartsch, verurteilten mit deutlichen Worten den feigen und dummen Angriff. Es bleibt pure Spekulation, ob der Parteitag ohne diesen Vorfall anders verlaufen wäre. Ob es beispielsweise die notwendige und wünschenswerte Auseinandersetzung mit den Äußerungen Wagenknechts zu Bleiberecht und Obergrenzen gegeben hätte. So folgte eine nachvollziehbare große Solidarisierung mit ihr. Ansonsten handelte es sich um einen Parteitag der Selbstvergewisserung, was schon die drei

vom Parteivorstand vorgelegten Leittritte für mehr Demokratie und Solidarität statt Rechtsruck, für Frieden und für eine soziale Offensive zeigten. Nur wenige Redner*innen wiesen darauf hin, dass man sich mit eigenen Fehlern und gescheiterten Kampagnen ebenso auseinander setzen müsse wie mit der Frage nach neuen Themen und einer zukunftsfähigen Strategie, gerade mit Blick auf die kommende Bundestagswahl 2017. Apropos Wahl: Bernd Riexinger und Katja Kipping wurden als Parteivorsitzende mit einem soliden Ergebnis ebenso im Amt bestätigt wie der Brandenburger Thomas Nord als Bundesschatzmeister und Matthias Höhn als Geschäftsführer.



Alexander Reetz
Delegierter aus Märkisch-Oderland



Bürgerbüros

Thomas Nord (MdB)

Breite Straße 9
15306 Seelow
Telefon: (0 33 46) 85 21 45
thomas.nord@bundestag.de
www.thomas-nord.de

Marco Büchel (MdB)

Grünstraße 8,
16259 Bad Freienwalde
Telefon: (0 33 44) 33 45 41
Große Straße 45
15344 Strausberg
Telefon: (0 33 41) 49 77 11
Fax: (0 33 41) 31 47 75
Persönl. Sprechzeiten:
1. und 3. Mo im Monat
Bitte VORHER telefonisch anmelden
info@marco-buechel.de
www.marco-buechel.de

Geschäftsstellen

Bad Freienwalde

Grünstraße 8
16259 Bad Freienwalde
Telefon/Fax: (0 33 44) 33 45 41
www.dielinke-frw.de
Öffnungszeiten:
Di. 9 – 11 Uhr

Strausberg

Große Straße 45
15344 Strausberg
Telefon: (0 33 41) 31 17 96
Telefax: (0 33 41) 31 47 75
Öffnungszeiten:
Mo. – Do. 9–12 Uhr
E-Mail: info@dielinke-mol.de

LinksTreff

LinksTreff Seelow

Breite Straße 9
15306 Seelow
Telefon/Fax: (0 33 46) 85 21 47
E-Mail: info@dielinke-seelow.de
www.dielinke-seelow.de
Öffnungszeiten:
Mo. – Do. 9–12 Uhr

IMPRESSUM

Herausgeber: Kreisvorstand der Partei DIE LINKE. MOL

Zuschriften bitte an die Geschäftsstelle in Strausberg. Die Redaktion behält sich vor, Zuschriften bei Veröffentlichung redaktionell zu bearbeiten. Veröffentlichte und namentlich gekennzeichnete Beiträge müssen nicht mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen.

Der Druck der Zeitung »Impulse« wird durch Spenden finanziert.

V.i.S.d.P.: Bettina Fortunato
Tel. 0 33 41-31 17 96

E-Mail: impulse@dielinke-mol.de

Redaktion: Renate Adolph

Layout u. Satz: Fortunato Werbung

Satz: www.fortunato-werbung.de

Fotos/ Grafik: DIE LINKE. MOL, privat

An Schulsozialarbeit nicht sparen!

Das in zweijähriger Arbeit entwickelte Konzept für die langfristige Sozialarbeit in Märkisch-Oderland darf nicht wieder von der Kreisverwaltung in Frage gestellt werden. Darauf verständigte sich die Kreistagsfraktion der LINKEN Anfang Juni in Seelow. Mit der Ablehnung notwendiger zusätzlicher 1,2 Millionen Euro meine die Verwaltung offensichtlich, sich über den einhelligen politischen Willen der Abgeordneten und Träger hinweg setzen zu können. Das ist nicht hinnehmbar. Auch der Jugendhilfeausschuss hat sich wiederholt einstimmig hinter die vorgesehenen Mittel für Sozialarbeiter an Grund- und Oberschulen, für Jugendklubs und Kinder- und Jugendbibliotheken gestellt. Schließlich ist Präventionsarbeit mit Heranwachsenden schon immer effektiver gewesen als Nachfolgegelder für Resozialisierung.

Kreismusikschule erhalten

Unverständnis zeigten die Mitglieder der Linksfraktion auch über das offenkundige Bemühen des Landrates, Gernot Schmidt, den Anteil der kommunalen Finanzierung der Kreismusikschule ebenfalls in Frage zu stellen. Die Folge wären erhöhte Schulgebühren. Auch das ist mit der LINKEN nicht zu machen. Mit dem erhöhten Zuschuss des Landes für unsere Kunst- und Musikschulen müssen sich gleichzeitig die kommunalen Zuschüsse erhöhen. Zweifel, die der Landrat an die Erhöhung der Zuwendungen vom Land äußerte, wies der Stellvertretende Ministerpräsident und Finanzminister Brandenburgs, Christian Görke (DIE LINKE), auf Nachfrage entschieden zurück. Das entsprechende

Bildungsressort von Ministerin Martina Münch habe diese Mittel zur Verfügung und werde diese entsprechend weiterleiten, so Görke.

DIE LINKEN setzen sich seit längerem für den Erhalt der Kreismusikschule als bedeutende Kultur- und Bildungseinrichtung in öffentlicher Hand ein, was einem Kreistagsbeschluss von 2013 entspricht. Auch der Verband Deutscher Musikschulen prangerte in einem Schreiben Privatisierungsabsichten der Kreismusikschule an. In seinem Grundsatzprogramm wird unterstrichen, dass öffentliche Musikschulen allen Menschen, unabhängig von Religion, ethnischer Zugehörigkeit, Nationalität, Geschlecht, sozialer Herkunft und Alter, musikalische Bildung ermöglichen müssen.

Uwe Salzwedel
Vorsitzender der Fraktion
DIE LINKE. im Kreistag MOL



Aus für Busverkehrsgesellschaft Märkisch-Oderland (BMO)

Künftig wird ein Großteil des regionalen Busverkehrs nicht mehr von der BMO abgewickelt werden. Das entspricht einem Auftragsvolumen von 60 Millionen Euro. Ein solcher Auftrag muss vom Kreis europaweit ausgeschrieben werden. Bisher lag der Zuschlag bei der BMO. Der Kreis ist mit 49 % an der Gesellschaft beteiligt. 51 % hält jedoch die Deutsche Bahn AG. Zehn Jahre wird nun zunächst die Regionalbus Zwickau GmbH den Regionalverkehr in weiten Teilen MOLs erbringen. Den Mitarbeitern der BMO wurde immerhin für drei Jahre Jobberhalt bei gleichen Konditionen zugesichert. Was aber ist mit den restlichen sieben Jahren? Und was wird aus der BMO? Es muss selbst mit Liquidation gerechnet werden.

Der Landkreis als Gesellschafter hatte den Auftrag ausgeschrieben, und die Verantwortlichen der BMO waren nicht in der Lage, ein der Ausschreibung formgerechtes Angebot vorzulegen. Handwerkliche Fehler führten zum Ausscheiden der BMO. Da es nur noch einen anderen Wettbewerber gab, war die Sache damit entschieden. Zwar wäre auch bei korrektem Angebot die BMO den Zwickauern unterlegen gewesen. Es war obendrein teurer bei weniger Leistungsumfang.

Dem Kreis geht nun mit der Beteiligung am auf seinem Territorium tätigen Busunternehmen ein wichtiger Punkt der Daseins-

vorsorge verloren. Dies darf gerade in einem Flächenkreis mit immer älteren Bürgern als mittlere Katastrophe angesehen werden. Es grenzt geradezu an eine Unverschämtheit, dass nach solch einem Desaster die Führung der BMO den Kreistagsabgeordneten eine Woche nach der Niederlage einen zweiseitigen Brandbrief zustellen lässt, in dem sie die Ordnungsmäßigkeit der Überprüfung der Vergabekriterien anzweifelt. Diese wurde vom Berliner Büro ProZiv durchgeführt, und den Kreistagsabgeordneten wurden Punkt für Punkt des Prüfverfahrens erläutert sowie die Fehler im Angebot der BMO aufgezeigt. Fakt ist, dass die Führung der BMO nicht sauber gearbeitet hat und so die Kreistagsabgeordneten dazu gezwungen hat, einen wichtigen Baustein der Daseinsvorsorge in fremde Hände zu legen. Von den Herren hat sich im Übrigen noch keiner vor dem Kreistag verantwortet.



Arno Gasmann
Fraktion DIE LINKE
im Kreistag MOL



Gemeinsam lernen — Wege zur Gemeinschaftsschule

Seit vielen Jahren kämpft DIE LINKE für ein gerechtes und qualitativ besseres Schulsystem, zu dem auch die Einführung einer Gemeinschaftsschule gehört. Die Koalitionspartner SPD und LINKE haben sich geeinigt, dass es einen Einstieg in die Gemeinschaftsschule geben soll.

Ziel unserer Fraktion ist es, allen Menschen – unabhängig von Geschlecht, Religion, Behinderung, ethnischer Zugehörigkeit sowie sozialen und ökonomischen Voraussetzungen – die gleichen

Chancen und Möglichkeiten zu geben, an qualitativ hochwertiger Bildung teilzuhaben. Dazu bedarf es eines bildungspolitischen Umdenkens: Jedes Kind ist willkommen und wird optimal gefördert. Im Vordergrund stehen die Lernenden und das individuelle Lernen in der Gemeinschaft. Dafür ist nach Ansicht der LINKEN die Gemeinschaftsschule die beste Schulform.

Zur **DIALOGVERANSTALTUNG** mit mehreren Landtagsabgeordneten lädt die Linksfraktion im Landtag Brandenburg ein.

22. Juni, 18 Uhr, Peter-Joseph-Lenné Oberschule, Von-Canstein-Straße, 15366 Hoppegarten, OT Dahlwitz-Hoppegarten.

Redaktionsschluss

für die nächsten Impulse ist am 1. Juli 2016